

Zur Errichtung von Mietseinigungsämtern.

Unter dem Vorsitz des Stadtverordneten-Vorsteherstellvertreters, Geheimen Justizrats Cassel, trat am Mittwochmittag der Stadtverordneten-Ausschuß zur Vorbereitung der Magistratsvorlage über die Errichtung von Mietseinigungsämtern im Berliner Rathause zusammen. Nach einer sehr eingehenden Beratung, an der sich auch Oberbürgermeister Wermuth und Bürgermeister Dr. Reiche beteiligten, mit den Stadträten Dr. Franz und Saupe, wurde folgende Entschliebung angenommen. Wir beantragen zu beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung stimmt der Einrichtung von Mietseinigungsämtern und Uebernahme der Kosten auf die allgemeine Verwaltung mit der Maßgabe zu, daß in der vorgeschlagenen Satzung folgende Punkte geändert werden: Unter 3 anstatt „450 M. Miete“ zu setzen „500 M. Miete“. Unter 4 anstatt: „Von einem Magistratsrat, Magistratsassessor oder juristischen Hilfsarbeiter“ zu sagen: „Von einem vom Magistrat ernannten Vorsitzenden“, anstatt „der städtischen Ehrenbeamten, der Mitglieder des nationalen Frauendienstes“ zu setzen: „Die Unterstützungskommission“. Es soll schon in der nächsten Plenarsitzung mit dem Antrage der Stadtverordneten Barkowski u. Gen. über die Bewilligung von Mietsunterstützungen durch den Stadtverordneten Loeser ohne Protokoll berichtet werden.